



An das
Mitglied des Deutschen Bundestages
Herrn Andrej Hunko
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Cornelia Pieper

Mitglied des Deutschen Bundestages
Staatsministerin im Auswärtigen Amt

POSTANSCHRIFT
11013 Berlin

TEL +49 (0)30 18-17-2926
FAX +49 (0)30 18-17-3903
www.auswaertiges-amt.de

Berlin, den 9. Mai 2012

Sehr geehrter Herr Kollege, *lieber Hr. Hunko,*

als Anlage schicke ich Ihnen die Antwort auf Ihre für die Fragestunde am 9. Mai 2012
gestellte Frage.

Mit freundlichen Grüßen



Cornelia Pieper

Wahrnehmung durch Staatsministerin Cornelia Pieper

Frage Nr. 63

MdB Andrej Hunko

Fraktion DIE LINKE.

Frage:

Welche weiteren Erkenntnisse hat die Bundesregierung anlässlich der Zuspitzung rassistisch motivierter Proteste und tödlicher Angriffe auf Migrant/innen über die Unterstützung des Neubaus von 30 griechischen Abschiebegefängnissen durch die Europäische Union sammeln können (laut Berichten der Tagesschau sogar 50, für die demnach ehemalige Kasernen genutzt werden sollen; <http://tinyurl.com/745xqq2>), wozu sie in der Antwort auf die Schriftliche Frage Nr. 7 auf Bundestagsdrucksache 17/9307 noch weitgehende Unkenntnis vortrug, dies aber wiederholt in griechischen Medien über Aussagen des griechischen Innenministers berichtet wird (<http://tinyurl.com/cpxu6ch>), und welche Mittel (bitte nach einzelnen Fonds auflisten) oder sonstigen Unterstützungsleistungen der EU werden jeweils für Renovierungen, Umstrukturierungen und Neubauten der Abschiebehaftanstalten und dem damit verbundenen Aufbau neuer Polizeieinheiten und Polizeistationen im gesamten Land bereitgestellt oder genutzt?

Antwort:

Der griechische Minister für Bürgerschutz, Michaelis Chrysochoidis, berichtete zuletzt beim Rat der Innenminister am 26. April 2012 u.a. auch vom geplanten Bau von Aufnahmeeinrichtungen für Personen, die illegal nach Griechenland eingereist seien und keinen Flüchtlingsschutz genießen. Es sei wichtig, für eine Unterbringung dieser Personen zu sorgen.

Nach hiesigen Erkenntnissen wurde inzwischen eine Einrichtung mit bislang ca. 220 Plätzen in Amygdaleza nahe Athen eröffnet.

Die EU-Kommissarin für Innenpolitik, Cecilia Malmström, begrüßte beim Innenrat die Anstrengungen Griechenlands bei der Reform des Asylsystems und des Migrationsmanagements und erklärte, dass hinsichtlich einer Förderfähigkeit der neuen Aufnahmezentren Griechenland nach Prüfung eine offizielle Antwort erhalten werde.